Pressemitteilung

Ostdeutschland als Standort für Rechenzentren - Ein schwerer Denkfehler im Koalitionsvertrag

Magdeburg, 14. April 2025

Siebenmal wird der Osten Deutschland im Koalitionsvertrag erwähnt – aber nur ein einziges Mal im Bereich der Wirtschaft. Und hier wird er zum bevorzugten Standort für Rechenzentren erklärt.

Wird der Osten Deutschlands damit zum neuen High-Tech-Standort? Können mit dieser Idee die strukturellen und ererbten Schwächen der ostdeutschen Wirtschaft beseitigt werden?

Nein. „Rechenzentren sind ein wichtiger Teil der gesamteuropäischen digitalen Infrastruktur – sie erfordern enorme Investitionen. Allerdings sind Rechenzentren weder Zentren der Innovation noch der besonderen Wertschöpfung. Sie schaffen keine Innovationsimpulse, stärken nicht die mittelständische Wirtschaft und stehen keinesfalls für einen wirtschaftlichen Strukturwandel, der ein Wirtschaftswachstum in Ostdeutschland stärken würde“, erklärt Marco Langhof, Präsident der Arbeitgeber und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt (AWSA).

„Rechenzentren haben keinerlei Ortsbezug. Der Osten Deutschlands braucht neben einer vor Ort wirksamen digitalen Infrastruktur vor allem gezielte Impulse zur Entwicklung einer eigenständigen Wirtschaftsstruktur mit Investitionen und wirtschaftliche Erfolgen aus der Mitte der Gesellschaft – wir brauchen mehr originär ostdeutsche unternehmerische Erfolgsgeschichten. Nur so lässt sich die absehbare gesellschaftliche Spaltung überwinden, die auch auf die Wahrnehmung ‚des Ostens‘ als ‚verlängerte Werkbank‘ zurückzuführen ist“ betont Klemens Gutmann, Vorsitzender des VDI-Landesverbandes Sachsen-Anhalt (Verein Deutscher Ingenieure).

„Die Formulierung zementiert die Positionierung der Neuen Bundesländer als verlängerte Werkbank. Das ist keine gute Industriepolitik. Die Regierung muss dieses Ziel überdenken und korrigieren“, so die beiden Verbandsvorsitzenden.

Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt e. V. (AWSA)

Die AWSA sind die Dachorganisation aller Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in Sachsen-Anhalt. Sie nehmen parteiunabhängig die sozial- und wirtschaftspolitischen Interessen der Mitgliedsverbände wahr. Gegenüber der Regierung, dem Parlament, den Behörden, Parteien, öffentlich-rechtlichen Körperschaften und anderen setzen sich die AWSA für die Mitgliedsbelange ein, nehmen Stellung und sind beratend tätig. Die AWSA sind Mitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI).

Pressesprecher:
Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt e. V.
Herr Jan Pasemann
Humboldtstraße 14, 39112 Magdeburg
Tel. +49 (0)391-62 888 51
Mobil: +49 (0) 152-54 59 47 69
E-Mail: pasemann@aw-sa.de